



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 198-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.463

Eingereicht am: 01.09.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Ruch (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in)
Bühlmann (Bern, GRÜNE)
Pardini (Lyss, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 04.09.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Konflikt bei der Wander AG – Gefahr für den Wirtschaftsstandort Bern?

Zwischen der Unia und der Wander AG in Neuenegg besteht seit 50 Jahren ein Gesamtarbeitsvertrag, der die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmenden in der Produktion regelt. Es ist ein Firmen-Gesamtarbeitsvertrag (GAV), wie er in der Schweiz üblich ist, und ein wichtiger Pfeiler der GAV-Landschaft im Kanton Bern sowie in der Lebensmittelindustrie und trägt zum wirtschaftlichen Wohlstand des Kantons bei.

Die Wander AG in Neuenegg hat den GAV diesen Sommer überraschend auf Ende 2025 gekündigt. Damit werden eine 50-jährige Tradition gebrochen und die langjährige Sozialpartnerschaft in Frage gestellt. Die Wander AG ist mit dem bekannten Produkt «Ovomaltine» eine wichtige und renommierte Firma, die eine Ausstrahlung auf den ganzen Kanton Bern hat. Ohne GAV droht Unruhe unter den Arbeitnehmenden, die schlechtere Arbeitsbedingungen befürchten; dies umso mehr als eine Mehrheit der betroffenen Arbeitnehmenden sich in einer Unterschriftensammlung für die Beibehaltung des GAV mit der Gewerkschaft Unia ausgesprochen hat. Die Beschäftigten finden mit ihren Anliegen bisher kein Gehör.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Ist der Regierungsrat durch die Wander AG von der Kündigung des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) in Kenntnis gesetzt worden?
2. Wenn ja, hat der Regierungsrat bisher etwas in dieser Sache unternommen, um die Beschäftigten zu unterstützen oder den Konflikt zu lösen?
3. Wie schätzt der Regierungsrat die Standortsicherheit der Firma Wander AG ein?

4. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, damit der Standort der Firma Wander AG nicht gefährdet und der Wirtschaftsstandort Bern nicht geschädigt werden?
5. Wie schätzt der Regierungsrat die Auswirkungen eines vertragslosen Zustands in der Lebensmittelindustrie sowie in der gesamten Industrie des Kantons Bern, besonders in der aktuell angespannten Lage und angesichts des stetigen Arbeitsplatzabbaus in der Industrie, ein?
6. Hat der Regierungsrat Signale erhalten oder sieht er Anzeichen, dass andere Firmen dem Beispiel der Firma Wander folgen könnten?
7. Gedenkt der Regierungsrat mit dem neuen CEO der Wander AG, der am 19. August seine Arbeit aufgenommen hat, diesbezüglich Kontakt aufzunehmen?
8. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, im bestehenden Konflikt zwischen den Sozialpartnerinnen und -partnern zum Wohl der Beschäftigten und des Kantons zu vermitteln?

Begründung der Dringlichkeit: Die Klärung der Situation hat eine zeitliche Dringlichkeit, da die Kündigung des GAV per Ende Jahr wirksam wird. Inzwischen hat die Kündigung des GAV die mediale Aufmerksamkeit erreicht, die Beschäftigten sprechen von einer angespannten Situation in der Firma Wander AG.

Verteiler

– Grosser Rat